

## SP will an Euro 08 Militär begrenzen

**STADT BERN** Der Einsatz von Militär oder von Armeelogistik gibt im Stadtparlament zu reden – nicht allein punkto Botschaftsbewachung (siehe Artikel rechts) sowie Militärfahrzeuge und Armeehelikopter in Polizeidispositiven an Demonstrationen (siehe «Bund» von gestern), sondern auch was die Fussball-Europameisterschaft 2008 angeht. An die 10 000 Soldaten, fast doppelt so viele wie beim Davoser WEF, sollen bei der Euro 08 in Bern, Basel, Genf und Zürich zum Einsatz kommen.

Nachdem bereits die links-grüne GB/JA-Fraktion dazu interpellierte und forderte, dass an der Euro 08 in Bern keine bewaffneten Armeeangehörigen zu dulden seien, hat am Donnerstag die SP/Juso-Fraktion eine Motion für eine «stadtverträgliche» Euro 08 in Bern eingereicht. Darin fordert die grösste Stadtpartei den Gemeinderat auf, «den Einsatz des Militärs auf klar definierte Aufgaben zu beschränken»; hierfür seien «Vorgaben zu erarbeiten und durchzusetzen», denn «die Euro 08 soll kein Militäranlass werden». Weiter fordert die von Michael Abersold initiierte SP-Motion, dass der Anlass 2008 so umweltfreundlich und namentlich «CO<sub>2</sub>-neutral» wie möglich durchgeführt werden müsse. Abfall sei mittels Recycling möglichst zu vermeiden, und wo Mehrverkehr nicht via öffentliche Verkehrsmittel bewältigt werden könne, solle «CO<sub>2</sub>-Ausstoss kompensiert» werden, verlangt die SP.

Ein wichtiges Thema sei sodann die Kostenfrage, gerade bezüglich Sicherheit. Was diese die Stadtkasse denn so koste, wollte Gisela Vollmer (sp) wissen, erklärte sich von der gemeinderätlichen Antwort jedoch nicht befriedigt. Eine exakte Berechnung sei schwierig, je nach Spielpaarung variere der Aufwand massiv, teilte die Exekutive mit. (rg)

### KURZ

**Internationaler Friedengarten im Murifeld**  
**STADT BERN** Im nächsten Jahr wird Bern als Friedengarten-Stadt walten. Der Friedengarten soll vor der Weltpost im Murifeld entstehen, wie der Gemeinderat mittelt. Er besteht aus 4000 Tulpen, die von der holländischen Botschaft gestiftet wurden. Die International Peace Garden Foundation ist eine gemeinnützige Organisation, die ihre Aufgabe in der Förderung globaler Freundschaft, Toleranz und gegenseitigem Verstehen sieht. Im laufenden Jahr steht der Friedengarten in der irischen Hauptstadt Dublin. (pd)



«Verfassungsrechtlich fragwürdig» findet der Gemeinderat einen permanenten Armeeeinsatz im Botschaftsschutz – und spricht sich, wie die Kantonsregierung, für alleinige Zuständigkeit der zivilen Polizei aus.

ARCHIV/MARTIN GUGGISBERG

# Bern will keine Soldaten

Bundesstadt gegen Bundesrat: Gemeinderat beharrt auf **Botschaftsschutz nur mit Polizei**

*Bern will nicht länger Soldaten im Botschaftsschutz – Polizeidirektorin Barbara Hayoz hat vor dem Stadtrat Bundespläne für permanente Militärbeteiligung zurückgewiesen. Armeeeinmischung in innere Sicherheit sei nicht erwünscht – und mit linker Armeefeindlichkeit habe diese Sicht nichts zu tun.*

RUDOLF GAFNER

Als Sachpolitiker hat sich Philippe Müller (fdp) Respekt verschafft, als Stadtratspräsident hat er gegläntzt, manche sehen in ihm bereits einen Gemeinderatsanwärter – aber diesen Donnerstag hat sich Müller im Rat eine zünftige Blösse gegeben. Traktandiert war eine Interpellation, mit der die GB/JA-Linksgrünen anfragten, ob der Gemeinderat die Meinung teile, dass ein permanenter Militäreinsatz zur Botschaftsbewachung abzulehnen sei – und Müller, sonst eher von unaufgereg-

ter Art, steigerte sich in einen ideologischen Furor wider subversiven Antimilitarismus, als wär noch Kalter Krieg: Dass man sich überhaupt mit solchen Eingaben aus der Ecke einstiger Armeeausschaffler aufhalte, sei stossend, gehe doch Armeeeinsatz die Gemeindepolitik nichts an. Und überhaupt seien «Armeeeinsätze zur Unterstützung ziviler Behörden in der Schweiz seit Jahrzehnten gang und gäbe». Niemand brauche «Angst zu haben vor unserer Milizarmee, die nicht die Armee einer chilenischen Junta ist – auch wenn gewisse Altlinken den Unterschied nicht begreifen wollen».

**Von «Altlinken» bis Wasserfallen**

Die «gewissen Altlinken» liessen sich nicht provozieren, reagierten gar nicht erst auf Müller. Vielmehr war es die bürgerliche Polizeidirektorin, die den flammenden Votanten ganz rasch ganz leise werden liess. Müller täusche sich, «einfach von links kommt das nicht, immerhin haben ja die FDP-Nationalräte Kurt Wasserfallen und Edi Engelberger klar gefordert, dass sich die

Armee aus dem Botschaftsschutz herauslösen soll, und diesen kann man wohl kaum im Ernst Armeefeindlichkeit unterstellen». Mehr noch: Stadt- wie Kantonsregierung seien sich einig, beide «wünschen Einmischung der Armee in die innere Sicherheit nicht», so Hayoz.

«Verfassungsrechtlich fragwürdig»

So hält der Gemeinderat in der Antwort auf die GB/JA-Interpellation unzweideutig fest, dass er den permanenten Einsatz von Soldaten als «verfassungsrechtlich fragwürdig» ablehnt. «Der Gemeinderat vertritt klar die Auffassung, dass der Armee auf dem Boden der Gemeinde Bern nicht weitere Kompetenzen eingeräumt werden sollen.» Hayoz machte im Rat deutlich, dass die Bundesstadtexecutive bei dieser Haltung bleibt, nachdem der Bundesrat letzte Woche am Botschaftsschutz mit Armeebeteiligung festgehalten hat (siehe «Bund» vom 4. November). «Bern setzt sich weiter für eine zivile Lösung ein», sagte Hayoz, «wir wollen keine Soldaten vor den Botschaf-

ten, auch nicht Berufsmilitär.» Positiv sei immerhin, dass nicht mehr WK-Milizionäre zum Einsatz kommen sollten, umso negativer aber, dass «der Bundesrat eine Dauerlösung mit Armeebeteiligung will». Noch sei es aber nicht beschlossen, das letzte Wort habe das Bundesparlament – und Bern werde sich weiter dafür stark machen, dass die Botschaftsbewachung gänzlich in polizeiliche Zuständigkeit komme.

Hayoz' Worte hörte die Ratslinke gerne. «Die Armee ist da für Kriegsfall, Ausnahmezustand oder Katastrophen – Botschaftsschutz fällt nicht darunter», so Thomas Göttin (sp), selber wohnhaft im Diplomatenviertel. Zufrieden war auch Interpellant Hasim Sancar (gb), dass sich der Gemeinderat klar «gegen die Durchlöcherung verfassungsrechtlicher Grundsätze» ausspreche, denn subsidiärer Armeeeinsatz im Innern sei laut Bundesverfassung nur zur «Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit» respektive zur «Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen» legitim, sagte Sancar.

## Neues zur Polizei-Überstundenkrise

**STADT BERN** Die Stadtregierung bleibt dabei: Bei der Überführung der Stadtpolizei in die neue kantonale Einheitspolizei 2008 soll der Kanton die Überzeit der Stadtpolizisten «bis zu einer bestimmten Höhe» übernehmen müssen. Und: Am nächsten Dienstag treffen sich Delegationen des Gemeinderates und des Polizeibeamtenverbandes Bern zu einer weiteren Gesprächsrunde über die «unzumutbaren Arbeitsbedingungen» bei der Polizei.

Die Sektion Bern-Stadt des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) hat im Juni Kampfmassnahmen bis hin zu Streikaktionen angedroht, nachdem sich bis Ende 2005 Überzeit im Umfang von 51 000 Stunden angesammelt hatte. «Die Arbeitsbedingungen bei der Stadtpolizei sind seit Jahren unzumutbar», unterstreicht VSPB-Sektionspräsident Rolf Steinegger in seiner gestrigen Mitteilung und kündigt an, am Dienstag nach dem Treffen im Erlacherhof «ohne Verzug» vor die Medien zu treten. Der Gemeinderat seinerseits beharrt in der jetzt publizierten Antwort auf ein FDP-Postulat darauf, dass der Kanton Stapo-Überzeitkonti übernehmen soll, da der Abbau «realistischerweise» nicht bis 2008 erfolgen könne. Indes gelte es zu bedenken, dass die Arbeitszeit der Stadtpolizisten mit Police Bern von 40 auf 42 Stunden angehoben werde, was pro Polizist und Jahr 90 zusätzliche Arbeitsstunden bedeute und also zum Überzeitabbau beitrage.

Gewiss könne über eine polizeiliche Verzichtplanung auch Leistungsabbau angestrebt werden, räumt der Gemeinderat ein – dies allerdings ausgerechnet in Bereichen, die viel zur Sicherheit beitragen, nämlich in vorbeugenden Bereichen wie Verkehrs- oder Suchtprävention und Jugendarbeit. (rg)

## Adrian Stiefel leitet Umweltamt

**STADT BERN** Im Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle (AFUL) wird ein leitender Posten besetzt: Adrian Stiefel übernimmt ab Februar die Leitung der Sektion Umwelt und Energie. Diese ist neu gebildet worden und umfasst die Lokale Agenda 21, das Umweltmanagementsystem und die Energiefachstelle. Stiefel ist Umweltökonom und Natur- und Umweltsachverständiger. Der 38-Jährige arbeitet seit sechs Jahren beim WWF Schweiz, seit vier Jahren als Leiter Klima und Energie. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Büro für Raum- und Umweltpolitik.

Noch sind aber im städtischen Umweltamt drei wichtige Posten offen. Heute erscheint das Inserat, mit dem die Stadt einen neuen Amtsleiter sucht. Der jetzige Leiter, Daniel S. Christen, hat das Amt im Februar angetreten. Der 48-Jährige ist krankheitshalber arbeitsunfähig; er wird nach Ablauf der einjährigen Probezeit aus der Stadtverwaltung austreten («Bund» vom 18. 10.). Seit Mai ist zudem das Stadtlabor ohne Leitung; hier zeichne sich eine baldige Lösung ab, sagt Peter Friedli, Interimsleiter des AFUL. Und im Bereich Bau und Lärm beginne in Kürze das Auswahlverfahren für die neue Leiterin oder den neuen Leiter. (njb)

REKLAME

**Keine Plünderung der Staatskasse für private Interessen**

«Wir stimmen nein»:

- Ursula Wyss, Nationalrätin SP
- Sergio Schwabert, Grossrat
- Ruedi Lüpfli, Grossrat EVP

**Nein zu Steuermillionen für den Flughafenbau**

### TURBINE

## Beschämende Szene

«Potz tusig!», entfährt es Zengermax, obwohl er genau weiss, dass die Zahl tausend längst keine ernst zu nehmende Referenz mehr ist. «Potz tausend» gehört als Ausruf ins Museum der Sprachmumien. Es ist ein Relikt aus einer Zeit, in der die gebräuchlichsten Zahlen in einem durchschnittlichen Menschenkopf noch Platz fanden. Und obgleich die einstmalige stolze Ziffer also antiquiert ist, rutscht dem Rentner am Freitagvormittag, wie erwähnt, ein trockenes «Potz tusig!» über die Lippen.

Seinem Ausruf ging ein erstaunter Blick auf die lange Schlange von Glücksuchern voran, die an Zengermax' Stammkiosk einen ausgefüllten Lottoschein abgeben wollen. Der alte Mann, der eigentlich bloss eine Packung Papiertaschentücher kaufen möchte, muss sich gedulden, bis das vor ihm stehende Dutzend potenzieller Lottomillionäre abgefertigt ist.



Handelte es sich bei diesen Menschen, die da voller Hoffnung der Morgenkühle trotzen, nicht um seine Quartiermitbewohner, hätte Zengermax sie längst angeschmaut. «Göht doch go schaffe!», möchte er ihnen zuraunen. Denn eines müssten hierzulande mittlerweile alle begriffen haben: Um auf einen Klapp Millionär zu werden, hält man doch heutzutage wohl gescheiter nach einer Kader-, als nach einer Lottoschein-Ausschau.

Und da der ehemalige Berufsschullehrer am frühen Morgen beim Boilerkaffee bereits die Zeitung gelesen hat, weiss er nun sogar, dass das mit den Millionen zwar stimmt («Die Chefs in den 100 grös-

ten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz kassierten 2005 im Schnitt 2,2 Millionen Franken»), dass es hier aber gleichzeitig auch einen so genannten «Mythos der hohen Löhne» gibt. In den USA zum Beispiel würden die Chefs deutlich höher entlohnt und die Firmen rentieren erst noch viel besser als bei uns.

Diese Erkenntnisse lassen ihm jetzt in der Kioskwarteschlange keine Ruhe. Sinnernd betrachtet er die Umstehenden. Ständig muss er sich fragen, ob sich das ökonomische US-Prinzip (exorbitanter Zahltag = hohe Gewinne) nicht auf alle Lohnempfänger übertragen liesse. Dabei überlegt er, ob er etwa den kroatischen Kellner, der unmittelbar neben ihm seine Kreuzchen macht, nicht über dieses wirtschaftswissenschaftliche Phänomen informieren müsste. Er selbst kommt ja mit Rente und Pension einigermaßen gut zurecht. Aber Zengermax entstammt einer Epoche, in der man gelegentlich auch zu denen schaute, denen es weniger gut

ging. Also fasst er sich ein Herz und tippt den Nebenmann schüchtern an. «Entschuldigen Sie bitte, wenn ich mich in Ihre Finanzangelegenheiten einmische, aber lassen Sie diesen Lottozettel besser liegen», empfiehlt er. «Gehen Sie stattdessen zu ihrem Chef, zeigen Sie ihm den Wirtschaftsteil meines Leibblatts und sagen Sie ihm, er müsse Ihnen tüchtig mit dem Stundenlohn rauf, wenn er wolle, dass seine Beiz besser rentiert. So machen es nämlich die Amerikaner.» Der Kroate schaut unseren autodidaktischen Finanzexperten ein paar Sekunden fassungslos an. «Sorry Mann,» sagt er dann sichtlich besorgt, «was isch los? Bisch chrank im Chopf oder was?»

Traurig und ziemlich beschämt macht sich Zengermax aus dem Staub. Sollen es doch alle auf ihre Art machen, denkt er noch und hat schon beinahe vergessen, dass er ursprünglich bloss Papiertaschentücher kaufen wollte. Pedro Lenz